

Das Königl.iche Wort
Friedrich Wilhelms III.

Eine den Preussischen Ständen

überreichte Denkschrift,

VON

Dr. Johann Jacoby.

— Paris — in Commis. —

Paris,

Ind. von Paul Benoit,

RUE GARANCIERE, 5.

1845

Die 11. Teutoburger Konferenz hat
Beschlüsse für konstitutionnelle Verord-
nungen, solange Verträge ohne Reichs-
rat.

Ende

Friedrich Wilhelm III. hat den Preußen eine auf Volkvertretung begründete Verfassungsurkunde versprochen.

Das Gesetz vom 22. Mai 1815 — dieses dem Gedächtnisse jedes Preußen unaußersichtlich eingetragte „Mand des Königl. Ver. trauens“ — befehlt, daß

„eine Repräsentation des Volks“ gebildet werde.

Es sind zu diesem Zwecke

1. Provinzialstände „dem Bedürfnisse der Zeit gemäß“ einzurichten;

2. Aus diesen „die Versammlung der Landestrepräsentanten“ zu wählen, die über alle Gegenstände der Gesetzgebung mit Einfluß der Besteuerung berathen sollen.

Die unumwundene Klarheit des Königl. Wortes macht jedes Mißverständnis unmöglich.

Nicht bloß jede der acht Provinzen, sondern das ganze Preussische Reich soll eine Vertretung erhalten (§ 3).

Nicht in ihren veralteten Formen sollen die Stände hergestellt, vielmehr — „dem Bedürfnisse der Zeit gemäß“ eingerichtet werden (§ 2).

Was unter „Bedürfnis der Zeit“ zu verstehen sei, hat Friedrich Wilhelm III. selber erklärt.

Seidem Bundesstaate gab Preußen am 8. Mai 1815 — also vierzehn Tage vor dem in Rede stehenden Gesetze — seine Meinung in folgenden Worten ab:

„Die landständische Vertretung ist in jedem Bundesstaate (also auch in Preußen) so zu organisiren, daß alle Klassen der Staatsbürger daran Theil nehmen.“

Aus dieser Abkündigung geht klar hervor, daß Friedrich Wilhelm III. in dem Gesetze vom 22. Mai 1815

nicht ständige, nur das Interesse ihres Standes vertretende, sondern aus allen Klassen der Staatsbürger gewählte, mithin auch das ganze Volk vertretende Stände,

aber mit andern Worten eine wahre Repräsentativ-
verfassung
verstanden hat*).

**Friedrich Wilhelm III. hat das seinem Volke ge-
gebene Versprechen in den darauf folgenden 24
Jahren seiner Regierung nicht erfüllt.**

Das Gesetz vom 5. Juni 1823 — und nur von diesem kann
hier die Rede sein — ist keine Erfüllung des Königlichen Ver-
trages; denn

1. ist dasselbe nur von Staatsbeamten, nicht aber, wie das
Gesetz vom 22. Mai 1815 ausdrücklich bestimmt, unter
Zuscheidung von Abgeordneten der Provinzen be-
rathen worden;

2. läßt es nicht — „dem Bedürfnisse der Zeit gemäß“ —
alle Klassen der Staatsbürger an der landständischen
Berathung Theil nehmen, sondern gewährt nur den
Grundbesitzern dieses Recht;

3. gibt es weder den einzelnen Provinzen eine Vertretung,
noch dem gesammten Preussischen Reiche**.

Friedrich Wilhelm III. selbst hat das Gesetz vom 5. Juni 1823
auch keinesweges als eine Erfüllung seines Königlichen Versprechens
angesehen. Dies geht deutlich aus den Worten des genannten Gesetzes
hervor, denn unter Nr. III, 2, verordnet es,

„daß die Entwürfe aller einer Gesetzgebung, welche Verän-
derungen in Personen- und Eigenthums-Rechten betreffen,
den Provinzialständen vorgelegt werden, — so lange
keine **allgemeine** ständische Versammlungen
statt finden;“

und am Schluß:

„wann die „Ansammlenberufung der allgemeinen
Landstände“ erforderlich sein wird, — darüber bleiben
Und die weiteren Bestimmungen vorbehalten.“

Die Geschichte lehrt, daß Friedrich Wilhelm III. am 7. Juni

*) Derartige „Wichtige Beschlüsse für den Rechts-Status der deutschen
Nation,“ mit Anmerkungen von A. O. Mitter, herausgegeben von
Weiden, 1844, S. 403, und die Rede des hohen Staatsministers Men-
ter über das Reichs-Gesetz vom Jahre 1820. Prot. der IIten Kammer, S. 121.

** Die obigen drei Sätze beweisen insdesh, daß die „vereinigten
Landstände,“ — selbst wenn ihnen die von den Ständen beauftragten
Rechte einräumt wären, — keinen Casus für das Gesetz vom 22.
Mai 1815 bieten.

1810 gestorben ist, ohne die allgemeinen Verhältnisse insammelteuten, ohne die von ihm verheissene Verfassungsurkunde unterzeichnet und ohne das seinem Volke feierlich gegebene Wort ausgelesen zu haben.

Das von Friedrich Wilhelm III. gegebene, von ihm aber nicht erfüllte Versprechen ist für seinen Nachfolger, Friedrich Wilhelm IV., gesetzlich und moralisch verbindlich.

Dienstbesessene Politiker haben allerdings behauptet,

daß der König über dem Gesetze stehe, weil sein Wille das einzig entscheidende Gesetz sei;

daß daher auch als Thronerbe er die Anordnungen und Thaten seines Vorgängers nicht zu berücksichtigen brauche.

Aber das Königthum ist keine Willkürherrschaft; die Organe des monarchischen Staates sind dem Könige gegenüber keine rechtslosen Klaren.

Je unbedingter ein König, um so mehr wird Selbstbeschränkung ihm zur heiligen Pflicht.

So lautet das Gebot der Sittlichkeit!

Und bliebe selbst das Gemüth eines Königs diesem Gebote verschlossen, so müßte eben sein eigener Vertheil ihn in der Erfüllung desselben bestimmen.

Nur so viel der König höher steht über allen andern Bürgern, um so viel fester und unverbrüchlicher muß Königswort und Königstreue sein.

Als im Jahre 1818 die Koblenzer Adresse an die zu ertheilende Konstitution erinnerte, würnte Friedrich Wilhelm III. den Bittstellers, weil sie

freventlich an der Unverbrüchlichkeit seiner Zusage gezweifelt hätten).**

Tächer Ausdruck ist ein lautes Ausrufen dafür,

daß der König die Ausführung des Gesetzes vom 22. Mai 1815 als eine ihm obliegende heilige Pflicht anerkannte.

Wieder in den folgenden Jahren seiner Regierung noch in seinem Testamente hat Friedrich Wilhelm III. das königliche Wort

*) Kabinettschreiben vom 22. Mai, 1818. — (Herrsch bemerkt hierbei: „Die unumtöge Abweichung eines vorausgesetzten freventhaften Zwecks wurde in der Abweisung für eine neue noch stärkere Gewohnheit, als die positive Verfassung angenommen.“)

zurückgenommen; ebenso wenig hat er jemals die Absicht, es nicht zu erfüllen, öffentlich ausgesprochen. Er konnte es auch nicht!

Das Gesetz vom 22. Mai 1815 ist

ein allgemeines Staatsgesetz,
ein feierliches königliches Versprechen,
eine Anerkennung der Mündigkeit des Volkes.

Als allgemeines Staatsgesetz durfte es verfassungsgemäß nicht ohne Zuziehung der Provinzialstände aufgehoben werden; denn nach dem Gesetz vom 5. Juni 1813 soll — in Ermangelung allgemeiner Stände — jede Veränderung in Personen- und Eigenthums-Rechten den Provinzialständen zur Berathung vorgelegt werden.

Als ein der Nation gegebenes Versprechen durfte das Gesetz nicht ohne deren Einwilligung einseitig zurückgenommen werden.

Als Mündigkeitserklärung konnte es nicht ohne unverdiente Verabreichung des Preussischen Volks widerwärtig werden. — Alle diese Gründe des Rechts und der Billigkeit gelten nicht minder für den Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelms III., für den jetzt regierenden König. —

Im Widerstreite mit der hier ausgesprochenen Ansicht erklärt der Reichstag, den Friedrich Wilhelm IV. im Jahr 1843 den Preussischen Ständen ertheilt hat:

„Wir wollen in Guben die Äußerungen nicht näher erörtern, welche auf ein Gebiet übergreifen, das unserer Erwägung und Entscheidung vorbehalten bleiben muß, noch die unangemessene Verknüpfung auf eine Verordnung vom 22. Mai 1815, welche, wie wir dies bereits in dem Landesabichiede für das Königreich Preussen, vom 9. Sept. 1840, ausdrücklich erklärt haben, völlig unverbindlich für uns ist, da eben Unseres in Gott ruhenden Herrn Vaters Majestät, von denen dieselbe ausgegangen, ihre Ausführung mit dem Wohle Ihres Volkes nicht vereinbar fanden und das Gesetz vom 5. Juni 1813 an ihre Stelle treten liessen.“ —

Zuweilen die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staats vereinigt ist, müssen die zu erlassenden Gesetze allerdings seiner Erwägung und Entscheidung „vorbehalten“ bleiben; — anzufragen aber auf eine derartige Erwägung und Beschlußnahme liegt vollkommen innerhalb des Bereichs der ständischen Thätigkeit.

Was nach dem Allgemeinen Landrecht (I. 11, Tit. 20, § 136) jedem Preussen heimlich, — Zweifel und Bedenklichkeiten gegen die Gesetze, so wie seine Bemerkungen über Mängel und Verbes.

„Setzungen dem Regenten anzuzeigen,“ — das kann auch den Ständen niemals versprochen sein, selbst dann nicht, wenn das Gesetz vom 5. Juni 1823 (III. 2, 3) das Petitionsrecht ihnen auch nicht ausdrücklich eingeräumt hatte.

Friedrich Wilhelm IV. wird die rechtlichen Mahnungen seiner Stände nicht durch erzwungenes Schweigen beiseite stellen wollen.

Sehen wir, ob die in dem Bescheide enthaltenen Gründe den Anspruch des Volks widerlegen und den König von seiner Verpflichtung befreien!

Das Gesetz vom 5. Juni 1823 ist, wie früher gesagt, selbst von Friedrich Wilhelm III. nicht als eine Erfüllung seines königlichen Wortes angesehen worden. Das Gesetz vom 22. Mai 1815 heißt: „Provinzialstände und Landesrepräsentanten;“ das Gesetz vom 5. Juni 1823 ordnet die Provinzialstände an und stellt (unter III. 4) eine Zusammenberufung der Landesrepräsentanten in Aussicht. Soll dies erinerte Versprechen eine Wahrheit sein, so kann Friedrich Wilhelm III. nicht die Absicht gehabt haben, das zweite Gesetz „an die Stelle des ersten treten zu lassen.“

Die wiederholten Anträge Preussens bei dem Bundestage, die Verfassung der Jahre 1810 bis 1819, das Gesetz vom 17. Januar 1810 (über die Verwaltung der Staatsschulden) — und — unter der obigen Benennung — auch das Gesetz vom 5. Juni 1823 bezeugen, das während der Lauf von vierzehn Jahren Friedrich Wilhelm III. eine allgemeine Vertretung des Landes „mit dem Wohle seines Volks vereinbar fand.“

Hat die Absicht des Königs sich später — in Folge grundlegender Verhältnisse — geändert, so konnte dies weder ihn seiner Verpflichtung entbinden, noch dem Volke seine Berechtigung nehmen. Was alle gesitteten Völker Europas als die Grundrechte ihrer bürgerlichen Freiheit, als die nothwendige Bedingung ihres Glüdes verzeichnen, — das kann unmöglich für uns Preußen ein so großes Uebel sein, daß — um es abzuwenden, selbst das Opfer der Ausrückung nicht gebracht werden durfte. —

Friedrich Wilhelm III. sagt im Eingange des Gesetzes vom 22. Mai 1815:

„Damit der wohlthätige Zustand bürgerlicher Freiheit fester begründet, — der Preussischen Nation ein Pfand Unseres Vertrauens gegeben und der nachkommenden die Grundsätze, nach welchen Unsere Verfahren und Wir selbst die Regierung Unseres Reichs mit eifriger Forsetzung für das Glück Unserer Unterthanen geführt haben, — treu überliefert und — vermittelst

„einer schriftlichen Urkunde, als Verfassung des Preussischen Staats, — dauerhaft bewahrt werden, haben wir Nachschubendes beizulegen:

„Es soll eine Repräsentation des Volkes gebildet werden.“ u.

Siehe das haben wir, — die „Nachkommenchaft,“ — rechtlichen Anspruch auf dieses „Pfund des Vertrauens:“ — auf die „fester Begründung der bürgerlichen Freiheit“ durch Erfüllung der vor dreißig Jahren zum Reich erhabenen Königl.ichen Zusage.

„Eine der ersten Mächte Europa's, Preussen, ist vernichtet;“ — so lauteten die Worte Napoleons bei seinem Einzuge in Berlin. Die Schlachten der Jahre 1813 und 1814 waren die Antwort des Preussischen Volkes. Am 20. März 1815 lehnte Napoleon nach Paris zurück und bedrohte aufs neue das Vaterland. Da gab Friedrich Wilhelm III. — als Preis für die dem Königshause dargebrachten Opfer, als Aufforderung zu neuem Kampfe — das Gesetz vom 22. Mai 1815.

Das Gesetz vom 22. Mai 1815, die persönliche Zusage einer Repräsentativverfassung, ist ein erhabenes Denkmal des Vertrauens zwischen Fürst und Volk, ist das wohlverwahrte, theuererkaufte Eigenthum der mandata gewordenen Preussischen Nation. Dies Denkmal darf nicht zerstört, dies Eigenthum darf nicht aufgegeben werden.

Friedrich Wilhelm IV. war in den Tagen der Gefahr Augenzeuge der hochherzigen Hingebung des Volkes. Mit dem Throne, — durch den freien Willen der Bürger wieder aufgerichtet, — mit den königlichen Rechten Friedrich Wilhelms III. sind auch die Verbindlichkeiten desselben auf ihn übergegangen: er kann der Abtragung jener alten Ehrenschuld seines Hauses sich nicht entziehen, nicht ohne Rechtskränkung.

Sie ehret Fürst fordert Wahrheit. Den Rathen der Krone gesteht es, — selbst auf die Gefahr hin dem Könige missfällig zu werden, — offen und männlich die eigene Ueberzeugung zu vertreten.

Den Provinzialständen des Landes liegt die Pflicht ob, aufs neue darauf anzutragen, daß das königliche Wort Friedrich Wilhelms III. dem Preussischen Volke erfüllt werde.

Königsberg, den 10. December 1844.

